

Kommunalwahlen in Bayern 16. März 2014

Mobile Kommunikation und fehlender Verbraucherschutz

1. Behördenfunk - TETRA

Mit dem Fallen der europäischen Grenzen wurde im „Schengener Abkommen“ 2000 ein Europaweit einheitliches Funksystem für alle Rettungsorganisationen beschlossen.

Grund: bessere Zusammenarbeit der Länder und Verbesserung der Sprachqualität des bisherigen analogen Funksystems.

Zur Fußball WM 2006 sollte der neue digitale BOS-Funk, TETRA, eingeführt werden.

England, wo TETRA unter den europäischen Ländern am längsten genutzt wird, möchte zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus diesem Funksystem wieder aussteigen. Grund: zu viele technische Pannen, welche die Sicherheit der Anwender und Nutzer gefährden.

In Deutschland wird an dem ehrgeizigen Ziel, alle Rettungsorganisationen mit TETRA auszustatten - trotz hinreichender Mahnungen - festgehalten.

- Der Bayerische Oberste Rechnungshof kritisiert (Pressemitteilung vom März 2013)
 - o den massiven Verzug des Projekts,
 - o die Verdopplung der Kosten, ohne dass ein Ende in Sicht wäre und
 - o die fehlende Klärung, unter welchen Bedingungen nicht staatliche Sicherheitsdienste, wie Feuerwehren und Rettungsdienste, beteiligt werden.
- Die WHO stufte 2011 den digitalen Funk, wozu TETRA gehört, als „möglicherweise krebserregend“ ein
- In der ARD Sendung „plusminus“ vom Oktober 2013 wird der digitale BOS-Funk TETRA in einer Reihe mit weiteren desaströsen Großprojekten genannt, wie: Elbphilharmonie, Berliner Flughafen und Stuttgart 21!

In Bayern geht es nach der Standortsuche für TETRA-Sendeanlagen mit Probebetrieben in Städten und einzelnen Landkreisen weiter, obwohl bisher noch nicht geklärt ist, mit welcher Technik z.B. die Alarmierung der Feuerwehr bewerkstelligt werden soll. Dieser nächste Ausbauschritt verschlingt weitere Unsummen an Steuergeldern. Wichtig wäre zum jetzigen Zeitpunkt, dass ein Probebetrieb, z.B. Polizei-Bezirk Netzabschnitt 34 in München (PB NA 34), öffentlich nachprüfbar belegt, ob TETRA in der Praxis so funktioniert, wie es von den Verantwortlichen im Innenministerium und der Planungsorganisation DigiNet behauptet wird. Bisher gab es auch noch keinen Länder- oder Organisationsübergreifenden Großversuch der belastbare Ergebnisse auswies.

Frage:

Werden Sie als Oberbürgermeister vom Innenministerium den öffentlich nachprüfbaren Nachweis einfordern, dass der Probebetrieb (z.B. in PB NA 34 München) erfolgreich war und allen Erwartungen entsprach, bevor sie unter diesen unsicheren Voraussetzungen einem Probebetrieb in Ihrer Stadt zustimmen?

2. Breitband

Ein „schneller Internetanschluss“ gehört zu einer modernen Infrastruktur jeder Kommune. Das Fehlen des „schnellen Internetanschlusses“ ist ein bedeutender Nachteil, wenn es um die Ansiedlung/Haltung von Gewerbe oder Familien geht. Experten sind sich einig, dass nur der Ausbau mit Kabel/Glasfaser dem Anstieg der Datenvolumen und dem Sicherheitsbedürfnis gewachsen ist und Funklösungen lediglich eine kurzfristige Überbrückung sind. Der neue Bayerische Wirtschaftsminister Söder möchte einen flächendeckenden Breitbandausbau mit einer großen Fördersumme anstoßen:

Frage:

Wie wollen Sie als Oberbürgermeister jene Stadtteile und Bezirke unterstützen, die noch keinen Anschluss an die Datenautobahn haben?

3. Minimierungskonzepte

Keine andere Technologie außer Mobilfunk hat sich in derartiger Geschwindigkeit nahezu flächendeckend ausgebreitet. Dem gegenüber stehen Empfehlungen/Warnungen verschiedener unabhängiger Expertengremien:

- WHO: „möglicherweise krebserregend“,
- EU-Umweltagentur: vergleicht WLAN mit Asbest,
- Europarat: fordert neue Schutz- und Vorsorgemaßnahmen,
- Wiener Ärztekammer: warnt eindringlich alle Verbraucher,
- Rückversicherer Swiss-Re: stuft Mobilfunk in die höchste Risikostufe ein.

Mit dem Ausbau der Funknetze und der damit verbundenen Nachfrage nach geeigneten Sender-Standorten werden auch die Kommunen mit der Debatte konfrontiert. Auf der einen Seite stehen die Bedürfnisse der Bevölkerung, sowohl nach Schutz vor der Strahlenbelastung, als auch nach mobiler Erreichbarkeit. Auf der anderen Seite erwarten die Mobilfunkbetreiber beim Netzaufbau die Kooperation der Kommunen.

Dabei wissen nur wenige Kommunen, dass neben dem „Umweltpakt Bayern - Mobilfunkpakt“ eine Reihe von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten besteht, um lenkend bei der Standortwahl mitzuwirken. Z.B. – wie in Kempten teilweise geschehen – mit der Möglichkeit, einen akkreditierten, unabhängigen Sachverständigen einzuschalten, welcher ein Gutachten für qualifizierte Standorte erstellt. Trotz der Behauptung der Mobilfunkbetreiber, dass nur sie autorisiert und in der Lage sind, ein Funknetz und die dazugehörigen Standorte zu planen, haben verschiedene Gerichte (z.B. Bundesverwaltungsgerichtshof, BayVGH) den Kommunen das **Recht auf Vorsorgeplanung** eingeräumt.

Aktuell gibt der Aufbau der Infrastruktur für das „Mobile Internet“ mit LTE und mit WLAN-Hotspots Kommunen die Möglichkeit, mit **intelligenten Lösungen** ein kommunales Netz zu planen, das sowohl die Versorgungsqualität als auch den Verbraucherschutz berücksichtigt. Bereits ein einziges LTE-Netz erhöht die Strahlenbelastung im Mittel um 40 %. Das Bundesamt für Strahlenschutz warnt vor LTE!

Fragen:

Werden Sie als Oberbürgermeister den bisher eingeschlagenen Weg fortführen und weitere Minimierungskonzepte anstoßen?

Werden Sie die Möglichkeiten der kommunalen Einflussnahme zur Standortwahl ausschöpfen und die Stadt intelligente Lösungen planen lassen?

Werden Sie der gesundheitlichen Vorsorge Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen der Netzbetreiber einräumen und für mehr kommunale Selbstbestimmung im Baurecht eintreten?

4. Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen

An vielen Schulen werden gerade IPad-Klassen oder -Räume eingerichtet. Unter dem Aspekt, die Schüler für das weitere Berufsleben oder Studium vorzubereiten, erscheint diese Maßnahme **auf den ersten Blick** zeitgemäß und unausweichlich.

Aus der Bildungsforschung ist jedoch heute bekannt:

- Ein Kleinkind, das viel Zeit vor Bildschirmmedien verbringt, zeigt in der Grundschule vermehrt Störungen der Sprachentwicklung und Aufmerksamkeitsstörungen.
- Eine Playstation im Grundschulalter verursacht nachweislich schlechte Noten im Lesen und Schreiben.
- Ein Computer im Jugendzimmer wirkt sich negativ auf die Schulleistungen aus.

Weitere inzwischen anerkannte Risiken:

- Trotz „social media“ vereinsamen Kinder und Jugendliche vor ihren Computern, weil der physische Kontakt fehlt.
- Soziale Kompetenz bleibt auf der Strecke (Verhaltensstörungen durch anonymes Mobbing, Gewaltvideos, sinkende Hemmschwellen etc.).
- Suchtgefahr und Bewegungsmangel.
- fehlerhafte Erziehung durch Ruhigstellen der Kinder mit digitalen Medien.

Diese Entwicklung erfordert eine schulische Diskussion über digitale Medien und die Begleitung im Umgang mit den Medien. Unsere Vorstellung ist, dass z.B. von allen Schulen und Bildungseinrichtungen in der Stadt Vertreter bestimmt werden, die zu „Medienfachkräften“ ausgebildet werden und Schüler im Unterricht über soziale, gesundheitliche und technische Gefahren aufklären.

Fragen:

Werden Sie sich als Oberbürgermeister der „Bildungsregion Kempten“ für die neutrale Erziehung der Schüler zur Medienmündigkeit einsetzen?

Werden Sie sich als Oberbürgermeister der „Bildungsregion Kempten“ dafür einsetzen, dass die Aufklärung nicht kommerziellen Fachleuten überlassen wird?

(Wie dies im Allgäu derzeit über die Allgäuer Zeitung durch einen Mitarbeiter der Firma M-Net [Kabelanbieter] geschieht!)

Werden Sie als Oberbürgermeister die Lehr- und Ausbildungskräfte dazu anhalten und dahin gehend unterstützen, dass sie unabhängige Fortbildungsveranstaltungen zur mobilen Kommunikation nutzen?

5. Funk in Schulen und öffentlichen Gebäuden

Wegen der gesundheitlichen Risiken elektromagnetischer Strahlung gab 2004 der Bayerische Landtag die Empfehlung aus, auf Funklösungen an Schulen zu verzichten. Da moderne, internetfähige Geräte auch über Funk angesteuert werden können, lassen sich „digitale Klassenzimmer“ kostengünstig über Funklösungen ausstatten. Zu den gesundheitlichen Risiken können auch datenschutzrechtliche Bestimmungen nicht eingehalten werden.

In der Vergangenheit wurden Schulen mit großem Aufwand von Schadstoffen wie Asbest befreit. Heute schaffen wir durch die mobile Kommunikation (Schnurlostelefon nach DECT-Standard und Funkinternetzugang durch WLAN) hohe Belastungen durch Elektromog in den Klassen und lassen dem Datenmissbrauch freien Lauf.

Fragen:

Werden Sie sich als Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass in sensiblen Bereichen, wie Kliniken, Kindergärten und Schulen grundsätzlich Kabellösungen installiert werden? Dass in anderen öffentlichen Einrichtungen - wenn sich Funklösungen auch unter Sicherheitsbedenken nicht vermeiden lassen - nach dem Prinzip der Strahlenminimierung vorgegangen wird und zusätzliche elektromogfreie Bereiche, sog. „Ruhebereiche“, eingerichtet werden?